

Politische Tagesübersicht.

Die Studentenunruhen in Polen. Die Studenten in Vemberg begannen sich zu beruhigen. Für heute ist eine große Versammlung der dortigen Studenten angekündigt, bei der vorwiegend über die Besetzung der Fakultäten, den Hochschulrat und die Besetzung der Fakultäten diskutiert werden soll. Der Unterricht des jüdischen Gymnasiums wird heute wieder aufgenommen. In Warschau haben gestern abend einige nationalistische Studenten in der Redaktion des „Kurjer Poranny“, der in seiner Berichterstattung gegen die Ausschreitungen der Vemberger Studenten Stellung nahm, Fensterscheiben eingeschlagen. Die Täter flüchteten, ehe sie von der Polizei gefasst werden konnten.

Wanderungen polnischer Rekruten. Die „Nasz Przegląd“ aus Vemberg meldet, hat gestern abend im südlichen Ort Jalesitz eine Gruppe von ca. 50 polnischen Rekruten ukrainischer Nationalität die Wälder der Stadt überfallen und geplündert. Passanten eilten den Tatenbestrebern zu Hilfe, so daß sich bald in der Stadt eine blutige Schlacht entspann, wobei 2 Ukrainer getötet wurden. Die Polizei war zu schwach, um die Ordnung herzustellen. Erst eine Kompanie des Grenzsicherungskorps konnte der Lage Herr werden. 16 Personen wurden verletzt.

Das Befinden des Königs von England. Nach dem ärztlichen Bericht mocht die Genesung des Königs Fortschritte. Die Eitergeschwulst ist kleiner geworden, das Allgemeinbefinden ist gut. In den nächsten Tagen werden daher seine Krankheitsberichte veröffentlicht werden.

Verbot einer nationalsozialistischen Versammlung in Innsbruck. Die für gestern abend von der nationalsozialistischen Hiltler-Gruppe geplante Versammlung, in der Abt. Dauter-München über die Haltung Hitlers in der Südtiroler Frage sprechen sollte, und zu der auch Vertreter des Andreas Hofer-Bundes eingeladen waren, wurde im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung von der Tiroler Landesregierung verboten. Der Andreas Hofer-Bund erklärt öffentlich, daß die Abhaltung dieser Versammlung als eine Provokation aller Tiroler hätte aufgefaßt werden müssen.

Wirtschaftspartei und Preußen-Konföderat. Auch die Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei hat dem preussischen Ministerpräsidenten noch am Montag ihre Stellung zum Konföderat mitgeteilt. Sie hat keine Bedenken mehr, nach dem Braum erklärt hat, sofort nach Verabschiedung des Konföderats mit der katholischen Kirche wolle er auch in Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen eintreten, um eine zwingende Vorangestellung der katholischen Kirche anzuerkennen. Das bedeutet aber noch nicht die bedenkenlose Zustimmung der Wirtschaftspartei zu jeder einzelnen Bestimmung des Staatsvertrages, da der Partei der Wortlaut noch nicht bekannt ist.

Zahverhandlungen über die Getreidezölle. Der von der Reichsregierung eingeleitete Zahverhandlungen für die Neuregelung der Getreidezölle begann am Montag im Reichstag seine Beratungen. Sie sind vertraulich und sollen bis zum 20. Juni zu Ende geführt werden. Ihre Ergebnisse werden veröffentlicht werden.

Die Volkspartei beteiligt sich zunächst nicht an der preussischen Regierung. Am Montag nachmittag fand eine Besprechung der preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braum mit dem Führer der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei statt. Dr. Braum erinnerte an den früheren Vorschlag, das Preußenkabinett in der Weise zu erweitern, daß die Deutsche Volkspartei das Handelsministerium bezieht und das außerdem als Minister ohne Portefeuille der Reichsminister Curtius dem preussischen Kabinett beitrete. Der Ministerpräsident legte dem Abg. Zindel die Frage vor, ob die Volkspartei bei ihrem ablehnenden Standpunkt diesen Vorschlag gegenüber beharre. Der Führer der Volkspartei erwiderte, er werde seiner Fraktion Mitteilung machen. In der Nachmittagssitzung wurde der Vorschlag in der Fraktion der Volkspartei besprochen. Die Fraktion hielt an ihrem früheren Standpunkt fest, jedoch sich damit also für die Ablehnung des Vorschlages aus.

Kommunistischer Parteitag.

Der Parteitag der Kommunisten in Berlin. Bei den Verhandlungen des kommunistischen Parteitages kam es gestern zu heftigen Auseinandersetzungen, als Oeder ein Schreiben verlas, das angeblich von einem sozialdemokratischen Teilnehmer des Magdeburger Parteitages kommt. Es wird darin behauptet, in einer besonderen Besprechung am 2. Mai hätten die sozialdemokratischen Führer Weis, Jörgel, Zöllmann, Aufhäuser, Toni Zender usw. unter anderem beschlossen, das Demonstrationen zu verbieten, das ein Plakat für die Partei gewesen sei, aufzuheben. Jörgel habe gemeint, man werde dadurch auch Gelegenheit erhalten, die Kommunisten noch schärfer zu bekämpfen; denn sie würden sicher Demonstrationen machen und dann könne die Polizei wieder zugreifen und gegen sie noch mehr vorgehen. (Stürmische Pluturle.) Oeder erklärte, man werde dieses Schreiben als Flugblatt in den Betrieben verteilen, damit nicht bei den kommunistischen Friedensdemonstrationen am 1. Aug. die Arbeiter wieder unvorbereitet als Kanonenfutter dienen müßten.

Im weiteren Verlauf der Sitzung referierte Ernst Thälmann in seinem mehr als fünfstündigen Referat über „Die politische Lage und die Aufgaben der Partei“.

Trotzdem die Kommunisten, so meinte er, um die Erhaltung des legalen Charakters der Partei kämpfen müßten, würden sie doch organisatorische und taktische Dinge ernstlich studieren, um den revolutionären Kampf erfolgreich fortsetzen zu können. Sollte der Interventionskrieg gegen Sowjetrußland kommen, so würde das kommunistische Proletariat mit seinen vierjährigen Kriegserfahrungen und seiner revolutionären Schulung eine schwere Gefahr für das Bürgerium werden. Die neue kommunistische Taktik gehe weiter u. a. auf die stärkere Beteiligung der Frauen, weil diese sich verschiedentlich revolutionärer gezeigt hätten als die Männer und selbst die Jugend. Vor allem aber solle ein revolutionäres Vertrauensmännersystem in den Betrieben geschaffen werden.

Thälmann beschäftigte sich hierauf ausführlich mit der „politisch-ökonomischen Bedeutung der Kampfschlacht“. Zum erstenmal seit 1928 sei es wieder zu einem offenen Zusammenstoß mit der Staatsmacht gekommen, was die schnelle fortschreitende Radikalisierung der Arbeiter beweise. Die Schuld für die blutigen Tote der Polizeisoldaten Jörgel mit seiner Soldateska, die friedliche Arbeiter provozierte, um die SPD, von den Massen isolieren zu können. Aus den Kampfschlachten werde man viel lernen müssen, denn die Staatsgewalt könne auch bei Massenstreiks provozieren, wie es demnächst im Ruhrgebiet nicht unmaßgeblich sei.

Als nächste Aufgaben der Partei erklärte Thälmann: Antikriegspropaganda am 1. August, Maßnahmen gegen den Interventionskrieg gegen Sowjetrußland, Entseftung gewalttätiger Wirtschaftskämpfe gegen die Unterdrückung der arbeitenden Klasse, Ausgestaltung dieser Kämpfe zur politisch effektiven Radikalisierung des Mittelstandes zum Kampf gegen das Finanzkapital und die Banken und Vorkämpfer zum Kampf gegen die Großgrundbesitzer, Erlassung der Jugend sowie der Erwerbslosen und Zusammenfassung der Weltbewohner. Es seien dies alles Maßnahmen, die das gegen-

Die Beratungen über die Minderheitenfrage in Madrid.

Madrid. Reichsminister Dr. Stresemann empfing gestern nachmittag die Delegation des finnischen und rumänischen Reichsmitgliedes, um sich über die verschiedenen Auffassungen und über den Stand und die Möglichkeit der weiteren Behandlung dieser Frage zu informieren. Die für gestern nachmittag gleichfalls vorgesehene Besprechung mit dem französischen Außenminister wurde wegen Verhinderung Branda auf Dienstag nachmittag verschoben.

Die bisherige Aussprache im Ratkomitee läßt bekanntlich die Erörterung der grundsätzlichen Fragen des Minderheitenproblems, vor allem die Initiativgarantie des Völkerbundes zum Schutze der Rechte der Minderheiten vollkommen vermissen, während andererseits in der Verfahrensfrage selbst wichtige grundsätzliche Anregungen der Reichsregierung, zum Teil ohne Debatte, abgelehnt worden sind. Es erscheint ungewiß, ob in dieser Frage noch eine andere Auffassung des Ratkomitees zu erzielen sein wird. Wenn nicht noch eine grundsätzliche Änderung der Auffassungen einzelner Vertreter im Ratkomitee eintraten sollte, bestehen nur geringe Erwartungen in bezug auf die Möglichkeit einer Einigung. Die Entscheidung über die Wesentlichkeit der Frage steht bekanntlich aber nicht dem Ratkomitee, sondern einzig und allein dem Völkerbundsrat selbst zu. Daher kann auch die Entscheidung über die Vertagung der Frage auf September erst vom Völkerbundsrat selbst getroffen werden.

Besuch Branda bei Stresemann.

Madrid. Der französische Außenminister Branda hatte gestern nachmittag Stresemann einen längeren Besuch ab.

Die spanische Regierung gab gestern abend im Außenministerium zu Ehren der Mitglieder des Völkerbundsrates ein Essen, in dessen Verlauf Primo de Rivera und Staatspräsident Alcala Trinitasprache wechselten.

Die heutige Amtsbung.

Madrid. (Spanischer.) Mit einstündiger Beratung ist das Ratkomitee für die Minderheiten heute mittag 12 Uhr im Senatgebäude zu einer neuen Sitzung zusammengetreten. Der von dem ersten Berichterstatter Alcala

wärtige Stadium der Vorbereitung der großen revolutionären Kämpfe charakterisiert, und wenn man versuchen wollte, die Partei in die Illegalität zu treiben, dann müßte ihre Organisation schon so stark sein, daß sie sich nicht mehr verbieten zu lassen brauche. Auf der Tagesordnung der Entwicklung ständen Krieg und Revolution mit dem Ziel der Errichtung der Diktatur des Proletariats in Deutschland.

Leon Blum über die Reparations-, Schulden- und Räumungsfrage.

Paris. Auf dem sozialistischen Parteitag hielt gestern der Abgeordnete Leon Blum eine Rede, in der er sich mit der Frage der Reparationen und der interalliierten Schulden und mit der Rheinlandräumung beschäftigte. Er erklärte, die Stellung der sozialistischen Partei und der sozialistischen Kammerfraktion sei keineswegs leicht. Die Sozialisten könnten schwerlich bestritten, daß die vorgeschlagene Endregelung der Schulden und der Reparationsfrage unter dem Gesichtspunkt der Befriedung Europas wertvoll sei. Sie dürften nicht aus dem Auge verlieren, daß die erste Folge dieser Regelung die unersättliche Räumung des besetzten Gebietes sein werde. Die sozialistische Kammerfraktion werde von der Regierung in dieser Hinsicht formelle Forderungen stellen müssen. Man dürfe von Deutschland nicht einen Pfennig mehr fordern, als zur Wiedergutmachung der verursachten Schäden notwendig sei. Von Kriegskosten und interalliierten Schulden dürfe nicht gesprochen werden. Wenn man bei den Friedensverhandlungen anders verfahren wäre, wenn man die Kriegskosten zwischen den kriegführenden Mächten gerecht verteilt hätte, dann wäre Frankreich nicht den gegenwärtigen Schwierigkeiten ausgesetzt, als da sind Nachforschung nach der Verantwortung für den Krieg, Erörterungen über die Kriegsentwicklungen, deren Folgen so oft geändert worden seien, Vorschläge zur Regelung der Schulden, Verletzung der Eigentümern bei den alliierten Frankreich usw. Die Regelung der Schuldenfrage sei auch durch Erklärungen von Politikern und durch die bisherige Haltung Frankreichs erwirkt worden. Blum erklärte ferner, da Amerika im Kriege auf Seiten Frankreichs gestanden habe, müsse Frankreich sich moralisch betradtet gegenüber Amerika als härter gebunden ansehen, als Deutschland gegenüber Frankreich, von dem es befreit worden sei.

Londoner Blätter über den Pariser Bericht.

London. In Besprechung des Berichtes der Reparationskommissionen laßt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“: Der erste Eindruck, den eine Prüfung des Berichtes hervorruft, ist, daß er entschieden günstig für Deutschland ist. Die Damesannuität wird herabgesetzt, ohne die Gefahr einer späten Erhöhung; denn die Währungsänderung wird verhindert. Außerdem wird Deutschland aller ausländischen Kontrollen und aller Beschränkungen seiner Staatensinnigkeit ledig. Während es somit seine volle finanzielle Selbstständigkeit wieder erhält, bleiben ihm doch in präzi die Vorteile der sogenannten Transfersklausel. Endlich wird Deutschland in dem Apparat der geplanten neuen Bank ein wirksames Mittel finden, um seinen Ausfuhrhandel zu finanzieren und zu steigern. Auch Frankreich zieht einen ansehnlichen Vorteil aus der neuen Bank für die Finanzierung der Sachlieferungen und für die Mobilisierung seines großen Anteils an den unbedingten Annullitäten. Die für Großbritannien entstehenden Vorteile sind nicht so leicht erkennbar. Der britische Anteil an der Damesannuität in Höhe von 27½ Millionen Pfund ist auf 20 450 000 Pfund herabgesetzt worden. Großbritannien wird binnen kurzem an Amerika eine Annuität von 37 Millionen Pfund Sterling zu zahlen haben und wird deshalb ungefähr 19 Millionen Pfund Sterling aus anderen Quellen als Reparationsgeldern beschaffen müssen. Außerdem verzichtet Großbritannien auf Rückzahlung seiner früheren Zahlungen an Amerika in Höhe von ungefähr 200 Millionen Pfund Sterling. Der einzige Trost in dem neuen Plan ist vom britischen Standpunkt die Einschränkung der deutschen Sachlieferungen auf eine Periode von zehn Jahren bei einer ständig abwärts gleitenden Skala.

Der Finanzkorrespondent der „Morning Post“ schreibt: In der City wird der Sachverständigenbericht als „betriebligende Lösung einer weitgehend unendlichen Aufgabe“ bezeichnet. Man glaubt

ausgearbeitete Berichtsentwurf an den Völkerbundrat ist bereits gestern abend den Delegationen zugegangen und liegt den heutigen Beratungen zurunde. Die Sitzung wird im wesentlichen ausgefüllt sein durch die Erklärungen von Reichsaussenminister Stresemann, die Staatssekretär von Schubert in der letzten Komiteesitzung ausdrücklich angeklagt hat. Dr. Stresemann wird die im Bericht des Dreierkomitees und in den bisherigen Verhandlungen des Ratkomitees trotz wiederholten Eingreifens des deutschen Vertreters unberücksichtigt gebliebenen grundsätzlichen Fragen eingehend besprechen und dabei nochmals auf die deutschen Anregungen zurückkommen, die bekanntlich in der Sicherung der Initiativgarantie des Völkerbundes und Einsetzung eines eigenen Organes zur Beobachtung der Rechte der Minderheiten und der Einziehung der bisher ausgeschlossenen, mit den beschwerdeführenden hammerverwandten Staaten zu dem Dreierkomitee aposteln. Da von deutscher Seite auf Erörterung dieser Fragen, die sowohl das Gesamtproblem als auch die Verfahrensfrage betreffen, größter Wert gelegt wird, rechnet man nicht mehr damit, daß das Ratkomitee bereits heute zur Verhandlung seiner Arbeiten und Vertikellung eines Berichtes an den Rat gelangen wird.

Die Liquidationsfrage auf der Madrider Tagesordnung.

Berlin. (Spanischer.) Die Beschwerden der deutschen Minderheit über die Liquidationsfrage sind in nicht-offizieller Sitzung im Drinalitätsverfahren auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Vertagung der Saarangelei?

Madrid. (Telunion.) Die Abordnung der Regierungskommission des Saargebietes ist hier eingetroffen. Der Finanzminister des Völkerbundes hat in seiner allerersten Sitzung endgültig den Bericht über die Auslandsangelei des Saargebietes in Höhe von 2 Millionen Pfund genehmigt. Dieser Bericht wird der gegenwärtigen Tagung des Völkerbundsrates vorgelegt werden. Doch ist zu erwarten, daß das deutsche Ratmitglied eine Vertagung der Saarangelei auf den September fordern wird im Hinblick auf den politischen Zusammenhang mit der grundsätzlichen Regelung der Saarfrage und im Zusammenhang mit der Rheinland- und Kontrölrfrage.

daß der neue Geist des Einbernehmens, der darin zum Ausdruck kommt, nicht nur die beste Gewähr für das glatte Funktionieren der Reparations- und internationalen Schuldentzahlungen bietet, sondern auch ein Anteil für den internationalen Dank ist.

„Beamtenchaft und Wirtschaft“.

Bad Lauterberg. (Telunion.) Bundesdirektor Rausch vom Deutschen Beamtenbund sprach hier in einer stark besuchten Vertreterversammlung der Ortsstelle des Deutschen Beamtenbundes im Regierungsbezirk Hildesheim über „Beamtenchaft und Wirtschaft“.

Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Die Vertreterversammlung der Ortsstelle des Deutschen Beamtenbundes im Regierungsbezirk Hildesheim sieht in einem engen bezirksweiten Zusammenhänge aller Kreise des deutschen Volkes zu einer Not- und Schicksalsgemeinschaft den einzigen Weg, um den immer klarer hervortretenden Notständen wirksam zu begegnen. Die Beamtenchaft erkennt an, daß von allen Volksgenossen große Opfer verlangt werden. Zur wirksamen Erfüllung dieser schweren Aufgabe wird sie beitragen, wenn der Beamte sich immer mehr als Berater aller Bevölkerungskreise ohne Ansehen der Person innerhalb seines Wirkungskreises fühlt. Andererseits muß der Beamte aber auch erwarten, daß alle Volkskreise mehr als bisher im Beamten nur den Volkstreue der nicht von ihm selbst, sondern von den Volksvertretungen erlassenen Gesetze und Handlungen leben. Die Beamtenchaft warnt im Interesse des Volksgutes und des Wiederaufstiegs erst vor Versuchen, dem Berufsbeamten-tum von seinen jetzigen Arbeitsgebieten weitere Wirkungsgebiete zu entziehen.

Die Provinzialratswahlen in Eupen-Malmedy.

Aachen. (Telunion.) Nachdem am Sonntag, 26. Mai, in Belgien die Kammer- und Senatswahlen stattgefunden folgten am Sonntag die Provinzialratswahlen. Die Lage bei diesen Wahlen wurde im Bezirk Eupen, Malmedy, St. Vith dadurch unübersichtlicher, daß der Kreis Eupen einerseits, die Kreise Malmedy, St. Vith andererseits mit belgischen Wahlbezirken zusammengelegt worden sind. Eupen wählte somit mit dem Distrikt Dilon, Malmedy, St. Vith mit Spa. Sämtliche Distrikte zusammen wählten den Provinzialrat für Lüttich, der im ganzen über 88 Sitze verfügt. Soweit die bisherigen Ergebnisse vorliegen, konnten im Bezirk Eupen-Malmedy — St. Vith die christliche Volkspartei wieder 8400 Stimmen auf sich vereinen, ein Beweis, wie stark der Heimatsgedanke in diesem Bezirk ausgeprägt ist. Vor acht Tagen konnte die christliche Volkspartei bei den Wahlen 8049 Stimmen erhalten. Als bestimmt gewählt in dem Provinzialrat gelten von der christlichen Volkspartei zwei Kandidaten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch Vitenverbindung noch ein dritter Kandidat dieser Partei in den Provinzialrat einziehen wird. Die Sitze im Provinzialrat verteilen sich auf 48 der Sozialisten, 24 der katholischen Union, 15 der Liberalen und 4 der Kommunisten. Wenn auch die Zahl der Mandate der christlichen Volkspartei nur mit zwei, im ungünstigen Falle mit drei veranschlagt werden kann, so kann die Partei bei dem bisher bestandenen knappen Mehrheitsverhältnis doch eine ausschlaggebende Rolle spielen.

„Das Reich der Frau“.

odg. In Anwesenheit von Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden, des Handels und der Industrie wurde in der Festhalle zu Frankfurt a. M. die Reichsfachausstellung des Deutschen Frauenverbandes „Das Reich der Frau“ eröffnet. In einer kurzen Ansprache begrüßte der Vorsitzende des Deutschen Frauenverbandes, Handelsgerichtsrat Neumann-Berlin, die zahlreichen Ehrengäste, u. a. Ministerialrat Dr. Kothe-Berlin als Vertreter der preussischen Staatsregierung, Oberbürgermeister Dr. Landmann-Frankfurt a. M. und den Rektor der Universität Frankfurt, Professor Dr. Feimberger. — In einem Rundgang durch die Ausstellung nahm die Ausstellungskommission teil, den Ehrenmitgliedern die Ausstellung vorzuführen, in der sämtliche Artikel, die der Drogenhändler für den täglichen Bedarf der Hausfrau vermitteln soll, von Farben und Waden angefangen bis zur Manicure und Wader zu sehen sind.